

SPD-Landtagsfraktion | Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Bündnis Soziale Gerechtigkeit in Hessen
c/o: Ev. Kirche von Kurhessen - Waldeck
Dezernat Bildung im Landeskirchenamt
Herrn Ralf Weidner
Wilhelmshöher Allee 330
34131 Kassel

E-Mail: Ralf.Weidner@ekkw.de

Referat für Soziales und Integration**Bearbeitung:**

Bettina Kaltenborn

Telefon:

+49 611 350 – 516

E-Mail:

b.kaltenborn@ltg.hessen.de

Unser Zeichen:

Kb/ny

01.09.2021

Sehr geehrter Herr Weidner,

es tut mir leid, dass wir als SPD-Hessen nicht vorher auf ihre Positionen zu den vergangenen Kommunalwahlen geantwortet haben. Gerne nehme ich jetzt zu den einzelnen Positionen und Forderungen chronologisch Stellung.

Sie fordern den Ausbau der sozialen Infrastruktur, um Armut zu bekämpfen und die Folgen der Pandemie zu kompensieren. Wir als SPD-Hessen stehen da voll hinter Ihnen. Wir sind dafür, dass benachteiligte Familien weiterhin von einer kostenfreien Infrastruktur profitieren können. Gerade bei Kindern ist es wichtig, einen stigmatisierungsfreien Zugang zu Sport, Bewegung, Kunst und Kultur für alle sicherzustellen. Auch die Unterstützung der Eltern gehört dazu. Auch die Barrierefreiheit an allen öffentlichen Orten gehört zu einer angemessenen sozialen Infrastruktur.

Auch die flächendeckend gute Gesundheitsvorsorge gehört zu unseren kommunalpolitischen Leitlinien. Hessen hat zurzeit ein Hausarztproblem. Aus diesen Grund fordern wir eine Landarztquote im Medizinstudium. Universitäten sollten einen Teil der Studierenden verpflichten, nach Beendigung ihres Studiums in einem Gebiet, das von einer ärztlichen Unterversorgung bedroht ist, als niedergelassener Hausarzt beziehungsweise Hausärztin zu praktizieren. Ärzt*innen werden zurzeit benachteiligt, wenn sie sich in einem Gebiet mit wenig Privatversicherten niederlassen, dadurch entsteht eine Verschärfung des aktuellen Problems. Auf Bundesebene fordern wir daher eine Bürgerversicherung. Einzige Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung ist die flächendeckende Sicherstellung der ärztlichen Versorgung, die nicht überall erfolgreich gelingt. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass den kommunalen Gebietskörperschaften ein

vorrangiges Recht zur Übernahme vakanter Vertragsarztsitze mit dem Ziel der Einrichtung kommunaler Versorgungsstrukturen zukommt. Damit kann Versorgung bedarfsgerecht gesteuert, und es können familiengerechte, flexible Arbeitsplätze für Ärztinnen und Ärzte angeboten werden.

Auch der Breitbandausbau ist ein zentrales kommunalpolitisches Thema. Es muss vielmehr darum gehen, dass Bürger*innen einen anständigen Internetanschluss zu Hause haben und nicht wo Unternehmen damit am Meisten Profit machen. Schulen und Unternehmen müssen ebenfalls besser ausgestattet werden. Eine starke digitale Infrastruktur bedeutet gleichzeitig ein starken Bildungs- sowie Wirtschaftsstandort.

Gute Bildung ist der Schlüssel für eine eigenständige Lebensgestaltung, Persönlichkeitsentwicklung und gesellschaftliche Teilhabe. Sie ist Grundlage für Chancengleichheit und sozialen Aufstieg. Unser Ziel ist, allen Menschen Zugang zu einem guten Bildungsangebot in Hessen zu ermöglichen. Alle Bildungsgänge müssen überall in Hessen erreichbar sein. Deswegen setzen wir uns für den Erhalt von kleineren Schulstandorten und die Etablierung von regionalen Bildungsplänen ein. Der Ausbau längeren gemeinsamen Lernens wird in unserer Schulentwicklungsplanung Berücksichtigung finden. Wir wollen alle Bildungsgänge möglichst wohnortnah anbieten und mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen. Von unserer Seite werden wir alles tun, um das Angebot unserer Berufsschulen zu halten und auszubauen. Denn die Fachkräftesicherung der Region ist eng mit einem erreichbaren Berufsschulangebot in der Nähe verknüpft. Wir werden nicht nachlassen, das Land Hessen an seine Verantwortung für eine bessere Versorgung an Lehrkräften zu erinnern. Auch im Bereich der Kitas fordern wir, dass das Land zwei Drittel der Gesamtkosten für Kindertagesstätten übernimmt.

Eine gute kommunale Beschäftigungspolitik schafft nicht nur Arbeitsplätze vor Ort. Regionale Unternehmen sorgen auch selbst für Nachfrage und Attraktivität in der Region. Wir wollen eine Unterstützung der Kooperation regionaler Akteure der Wirtschaft. Angebote der Regionalvermarktung gilt es zu forcieren und zu fördern. Die regionale Wirtschaft braucht Fläche, um Arbeitsplätze zu generieren. Neben der Schaffung neuer Gewerbeflächen liegt auch der Fokus auf die Reaktivierung bestehender Gewerbeflächen unter kommunaler Gestaltung. Eine faire Entlohnung, mit der Menschen auch im Alter abgesichert sind, ist für uns das Mindestmaß. Ziel ist es, perspektivisch im Bereich der öffentlichen Vergabe ein Mindestentgelt von dreizehn Euro je Zeitstunde zu erreichen.

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum hat sich gerade in den Ballungsräumen weiter verschärft und ist für uns inzwischen die soziale Frage geworden. Die derzeitige Landesregierung hat mit ihrer kommunalfeindlichen Politik die finanziellen Möglichkeiten der Städte und Gemeinden weiter beschnitten, sodass

für kommunalen sozialen Wohnungsbau und auch für Senkungen der Grundsteuer B kein Spielraum mehr vorhanden ist. Dazu verhindern komplizierte Planungsverfahren und Bauvorschriften sowie die hohen Anforderungen an die Schaffung von Bauland insgesamt neuen Wohnraum. In vielen Städten wird Wohnraum dem Mietmarkt entzogen, indem er absichtlich leerstehend gelassen wird. Der Landesgesetzgeber muss dem endlich einen Riegel vorschieben und die Kommunen durch ein Gesetz zum Verbot von Wohnraumzweckentfremdung in die Lage versetzen, durch entsprechende Satzungen Leerstände aus Gründen der Immobilienspekulation und Umwandlungen von Mietwohnungen in teure Eigentumswohnungen oder Gewerbe zu unterbinden. Die Eigenheimbildung wollen wir erleichtern. Es geht nicht an, dass das Land an gestiegenen Immobilienpreisen mitverdient. Deswegen wollen wir eine schrittweise Senkung der Grunderwerbsteuer. Begleitend ist der Bau neuer Wohnungen unvermeidbar. Bei der Ausweisung von Baugebieten wollen wir verbindliche Quoten für geförderte Wohnungen.

Kulturelle Teilhabe muss überall möglich sein. Das verleiht kommunaler Kulturpolitik einen zusätzlichen Stellenwert: von lokalen Theatergruppen, Initiativen der Soziokultur über regionale Museums- und Kulturvereine, Gesangs und Musikgruppen bis zu Filmtheatern und Gastspielstätten. Die Vielfalt kommunaler Kulturpolitik muss unterstützt und ausgebaut werden. Dazu gehört auch die Bereitstellung von genügend Räumen und Möglichkeiten. Durch Corona erleben viele Kulturschaffende eine Existenzkrise. Das Land Hessen muss Kulturschaffenden in Krisenzeiten zur Seite stehen und sie solidarisch finanziell unterstützen. Das kulturelle Leben und das kulturelle Angebot in den Kommunen leisten einen maßgeblichen Beitrag zur Lebensqualität der Bevölkerung, zur regionalen Wirtschaft und zur Attraktivität der Städte, Gemeinden und Regionen. Kultur gehört zur Grundversorgung und ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge einer Kommune. Wir setzen uns dafür ein, dass jede Kommune einen kommunalen Kulturatlas erstellt, um über diese Bestandsaufnahme die Qualitätssicherung der Kulturarbeit zu sichern. Wir wollen Kultur für alle Bevölkerungsschichten erlebbar machen, auch für diejenigen, die von ihrer Sozialisation und ihren Lebensverhältnissen einen erschwerten Zugang dazu haben. Deshalb legen wir Wert auf die Vermittlung, die Verbindung und die Vernetzung von kommunaler Kulturpolitik mit der Bildungspolitik und auf die Einrichtungen der Volksbildung. Dazu zählen Volkshochschulen, Büchereien und Museen in besonderem Maße. Diese wollen wir stärker unterstützen und einen Zugang zu Wissen und Kultur für möglichst alle Bürgerinnen und Bürger schaffen.

Rechtsextremismus und Rassismus ist ein großes Problem unserer Zeit. Wir setzen uns in Hessen dafür ein, dass Initiativen und Programme gegen Rechtsextremismus nachhaltig finanziert werden. Engagement, Aufklärung und Sensibilisierung, als Teil einer umfassenden Prävention, dürfen nicht am Geld

scheitern. Wir wollen verstärkt Mittel aus Programmen wie „Demokratie leben“ des Bundesfamilienministeriums auch in die Region holen. Dazu gehört es auch, den Opferschutz entsprechend zu reformieren und auszuweiten. Die Reform des sozialen Entschädigungsrecht durch die Bundesregierung sehen wir als einen notwendigen Schritt in die richtige Richtung. Wir unterstützen die stärkere Verankerung von Antirassismus und Antifaschismus an unseren Schulen. Dies gilt nicht nur für die Lehrpläne, sondern ebenso für den täglichen Umgang im schulischen Alltag. Projekte wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, mit denen sich Schülerinnen und Schüler aktiv in ihrem Umfeld und langfristig gegen Rassismus und Diskriminierung und für gleiche Rechte und Chancen aller Menschen einsetzen, müssen ausgebaut werden. Wir wollen verstärkt regionale Bezüge zur NS-Geschichte wahrnehmbar machen und den Besuch von Schulklassen an Gedenkstätten sowie Orten der Demokratie unterstützen.

Unser Handeln gegen die Klimakrise muss Tempo aufnehmen. Und natürlich spielen die Kommunen mit ihrem eng an dem Leben der Bürgerinnen und Bürger orientierten Handeln eine wichtige Rolle. Allerdings darf diese Aufgabe nicht auf sie abgewälzt werden. Länder, Bund und EU müssen ihre Verantwortung übernehmen und die Arbeit vor Ort mit entsprechenden Rahmensetzungen und Finanzmitteln unterstützen. Unser sozialdemokratisches Verständnis von Klimapolitik ist, dass wir handeln müssen, aber den Wandel auch sozialverträglich gestalten. Ein Vorpreschen ohne Rücksicht auf Verluste birgt die Gefahr, dass die Stimmung im Land kippt. Deswegen wollen wir nicht nur eine ökologische, sondern eine sozialökologische Wende. Nur mit einer sozialen Nachhaltigkeit werden wir die großen Herausforderungen, die uns bevorstehen, auch meistern können. Dazu braucht es umfassende und ganzheitliche Konzepte, wie beispielsweise die Förderung regionaler Kreisläufe, um den Konsum regional erzeugter Produkte zu erhöhen, oder integrierte Verkehrskonzepte, die landesweit Mobilität effizient und nachhaltig gestalten. Das Gelingen der Klimawende kann und darf nicht nur eine individuelle Aufgabe von Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft sein. Die Klimawende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in der die Kommunen auch zum Gelingen beitragen müssen. Daher wollen wir Kommunen ermutigen, Klimaschutzbeauftragte zu verankern. Dies wird zur weiteren Akzeptanz beim Klimaschutz beitragen. Mit Klimaschutzbeauftragten lassen sich kommunale Projekte hinsichtlich von Folgen für Klima und Umwelt schneller und vorausschauender bewerten. Alle Investitionen und Maßnahmen in den Kommunen, die sich positiv auf das Klima, den Klimaschutz, die Umwelt, den Umweltschutz und den Artenschutz auswirken, sollen bevorzugt werden. Auch sollen Investitionen und Maßnahmen bevorzugt werden, die dafür sorgen, dass Lebensgrundlagen erhalten und geschützt werden, die den CO₂- und Treibhausgasausstoß reduzieren. In den Städten wollen wir den Menschen den Straßenraum im Sinne einer effizienten, gesundheits-, klima- und ressourcenschonenden Stadtplanung zurückgeben. Mit dem Umsteuern zu einer

nachhaltigen Mobilität wollen wir nicht nur den Herausforderungen des Klimawandels begegnen, sondern auch ein Mehr an Aufenthalts- und damit Lebensqualität im städtischen und ländlichen Raum schaffen. Fuß- und Radverkehr wollen wir weiter fördern und entwickeln, damit im Bereich der Nahmobilität der Anteil des motorisierten Individualverkehrs mehr und mehr verringert werden kann. Eine weitgehende Barrierefreiheit ist für uns an dieser Stelle eine Selbstverständlichkeit. Die Kommunen wollen wir unterstützen, wenn sie die Umrüstung des unabwendbaren motorisierten Individualverkehrs auf nachhaltige Antriebstechniken mit praktischen Maßnahmen fördern. Eine nachhaltige Mobilität ist ohne ein attraktives Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) nicht vorstellbar. Für uns steht ein vereinfachtes Tarifsystem in Verbindung mit deutlichen Tarifsenkungen nicht in Konkurrenz zu unabdingbaren Investitionen in eine bedarfsgerechte Infrastruktur. Deshalb fordern wir auch, dass Bund und Land die hierfür erforderlichen Finanzmittel den kommunalen Aufgabenträgern in angemessenem Umfang zur Verfügung stellen.

Ich hoffe ich konnte zu Ihren Positionen zufriedenstellend Stellung nehmen. Für weitere Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Lisa Gnagl, MdL
Sozialpolitische Sprecherin